

Informationen aus Berlin für das Emsland und die Grafschaft Bentheim

Mitglied des
Deutschen Bundestags

Hermann Kues

Ausgabe 166



Liebe Leserin, lieber Leser,

Europa befindet sich inzwischen im dritten Jahr der Griechenland-Krise. Die gemeinsamen Anstrengungen der Euro-Länder zielen dahin, dieses Problem nachhaltig zu lösen. In der Vergangenheit wurden bereits viele Schritte unternommen, allerdings ist noch ein weiter Weg zu gehen. Das letzte Hilfsprogramm läuft bis 2014; mit den aktuellen Beschlüssen haben die Griechen nun zwei Jahre mehr Zeit bekommen. In den Medien war bereits viel zu lesen: Was aber bedeuten die Beschlüsse konkret und welche Folgen ergeben sich daraus? Dazu mehr in der aktuellen Ausgabe.

Ihr



Hermann Kues



Warum ist eine neue Hilfe für Griechenland notwendig?

Vor zwei Wochen hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Anpassungen der EU-Finanzminister zur Griechenland-Hilfe bestätigt. Die Änderungen sind nicht unumstritten, geht es im Kern doch darum, eine Finanzierungslücke Griechenlands von 14 Milliarden Euro bis 2014 zu schließen.

Wie kam diese „Lücke“ zustande?

Hintergrund sind u.a. die Neuwahlen und dass dadurch notwendige Reformen erst mit Verzögerung beschlossen wurden. Zudem kommt die Haushaltssanierung aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung nicht so schnell wie geplant voran. Die jetzt gefassten Beschlüsse schließen dieses Loch und ermöglichen die Freigabe von Notkrediten in Höhe von 44 Milliarden, die bereits letztes Jahr bewilligt wurden.

Natürlich fördert diese neuerliche Finanzierungslücke die Skepsis gegenüber einer erfolgreichen Sanierung des griechischen Haushalts. Dies kann ich gut verstehen! Griechenland hat in der Vergangenheit seine Partner oft enttäuscht. Allerdings ist für die Zukunft Europas – von der auch Deutschlands Wohlstand abhängt – eine Lösung der Krise unumgänglich. Aber ebenso wichtig ist: Es gibt positive Signale, die sowohl den Finanzmärkten, als auch für Griechenland selbst Hoffnung machen. So bescheinigen Gutachter der sogenannten Troika dem Land die Umsetzung der notwendigen Beschlüsse. Griechenland führt jetzt endlich umfassend Reformen durch. Das Haushaltsdefizit sinkt und die Lohnstückkosten auch. So kann die Wettbewerbsfähigkeit wieder steigen. Diese Entwicklung war Voraussetzung für eine Auszahlung der Kredite – und Griechenland hat diese nun erfüllt.

Welchen Maßnahmen wurden in Brüssel beschlossen?

Das Ziel lautet: Die Absenkung der Schuldenbergs auf 124 Prozent der Wirtschaftsleistung. Dafür bedarf es langfristiger Anstrengungen. Die aktuellen Maßnahmen verschaffen Griechenland und Europa erst einmal erheblich Zeit.

Dazu wurde beschlossen:

- EFSF-Darlehen werden um 15 Jahre auf 30 Jahre verlängert, die Zinszahlungen werden um zehn Jahre gestundet
- Reduzierung der Zinsmarge der Helferländer um einen Prozentpunkt
- Einrichtung eines Sonderkontos, auf das die Nationalbanken ihre Zinsgewinne aus dem EZB-Staatsschuldenrückkaufprogramm einzahlen

Die aktuellen Beschlüssen beinhalten keine neuen Kredite an Griechenland! Die Regierung in Athen bekommt zudem kein Geld geschenkt, sondern erhält Hilfgelder, die es zurückzahlen muss. Wahr ist aber auch, dass die Bundesrepublik zugunsten des Kompromisses auf Geld, konkret Zinsgewinne in Höhe von 730 Millionen Euro, verzichtet.

Wie geht es weiter? Kommt ein „Schuldenschnitt“?

In der öffentlichen Diskussion wird wiederholt über die vermeintliche Alternative eines „Schuldenschnitts“ gesprochen. Ein Schuldenschnitt bedeutet den Erlass von Verbindlichkeiten. In der jetzigen Situation der wirtschaftlichen Abkühlung hätte dies eine deutliche Belastung mit sich gebracht: mindestens in Höhe von 17,5 Milliarden Euro – bei einem 50-Prozent-Schnitt. Dieses Geld gehört aber nicht nur dem Staat oder irgendwelchen Banken. Ein Schuldenschnitt könnte jeden Einzelnen betreffen, z.B. diejenigen, deren Altersvorsorge über eine Versicherung läuft, die in Griechenland aktiv ist.

Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, ob der Schuldenschnitt damit nur „aufgeschoben“ ist? Deutschland und auch andere Euro-Staaten lehnen einen Schuldenerlass ab. Auch für die nahe Zukunft wird darüber nicht diskutiert.

Klar ist aber auch, dass die jetzigen Planungen davon abhängen, wie schnell die griechische Wirtschaft wieder auf die Beine kommt. Ein stetiges Wirtschaftswachstum vorausgesetzt, könnte ein Schuldenschnitt in einem geringeren Maß zu späterer Zeit notwendig sein oder ganz überflüssig werden.